

Zeitenwende in der Energiepolitik

Monika Heinold, Tobias Goldschmidt – 09.03.2022

Energiewendepolitik ist Sicherheitspolitik!

Russlands Krieg in der Ukraine wird tiefgreifende Folgen für die Energiewirtschaft in Europa, Deutschland und damit auch in Schleswig-Holstein haben. Grüne stehen für eine **Politik der Energiesouveränität und damit für mehr Sicherheit für unser Land**.

Wir stehen vor einer Zeitenwende, die eine sofortige und grundsätzliche Überprüfung aller bestehenden sicherheits- und energiepolitischen Konzepte und Programme erfordert. Deutschland hängt noch immer am fossilen Tropf. Obwohl lange klar war, dass Russland ein hochproblematischer Partner ist, wurde bis vor einer Woche gar die Option einer Inbetriebnahme von Nord Stream 2 aufrechterhalten. Das war falsch und darauf haben wir Grüne immer wieder hingewiesen.

Angesichts dieser dramatischen Abhängigkeit ist es noch mehr erforderlich, den Ausstieg aus den fossilen Energien deutlich zu beschleunigen. Energiewendepolitik und Sicherheitspolitik sind hier zwei Seiten derselben Medaille. **Wir müssen endlich raus aus Öl, Gas und Kohle und das so schnell wie möglich**. Das Tempo wird dabei vom Ausbautempo der Erneuerbaren Energien, Effizienzsteigerungen, Energieeinsparungen und dem Energieleitungsausbau bestimmt. Jede Gebäudedämmung, jede PV-Anlage, jedes Windrad und jeder Kilometer neue Stromleitung bringen uns der Energiesouveränität und der Klimaneutralität näher. Doch der Weg ist über alle Sektoren hinweg nach wie vor ein weiter. Das verdeutlichen die folgenden Grafiken für Deutschland und Schleswig-Holstein eindrücklich:

Abbildung 2: Primärenergieverbrauch Deutschland 2021¹

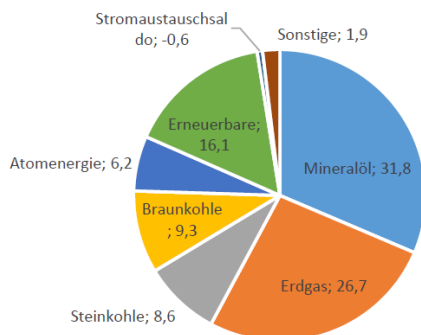
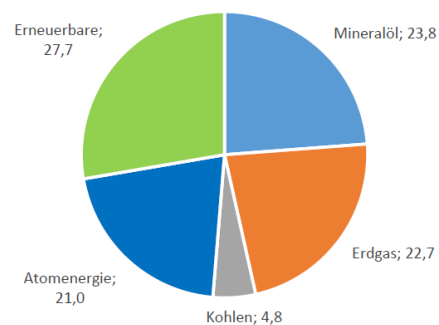


Abbildung 1: Primärenergieverbrauch Schleswig-Holstein 2019²



Zudem machen die Graphiken deutlich, dass wir erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um uns von Importen unabhängig zu machen.

Die Strom-, Öl und Gaspreise steigen immens. Wie stark dieser Anstieg ausfallen wird, lässt sich gegenwärtig schwer prognostizieren, hängt er doch von der weiteren Entwicklung des Krieges, der Nachfrage an den Weltmärkten und nicht zuletzt auch von der Witterung ab. Auch wenn die kurzfristige Streichung der EEG-Umlage wirtschafts- und sozialpolitisch richtig ist, wird es nicht möglich sein, den Preisanstieg staatlich komplett zu kompensieren. Die Verbraucher*innen müssen sich darauf einstellen, einen höheren Anteil ihres Einkommens für Energie auszugeben. Daraus entstehende Härten müssen wir so gut wie möglich abfedern.

¹ AG Energiebilanzen 2021: [Energieverbrauch zieht wieder an » AG Energiebilanzen e. V. \(ag-energiebilanzen.de\)](https://www.ag-energiebilanzen.de/).

² EWKB 2021: [Schleswig-Holsteinischer Landtag \(ltsh.de\)](https://www.landtag-sh.de/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/09/09-03-2021-01), S. 95 (neuere Daten liegen für Schleswig-Holstein nicht vor).

Wenn wir Versorgungssicherheit erhalten, die Klimaschutzziele erreichen und die Preise bezahlbar halten wollen, müssen wir im Dialog mit der Bevölkerung konsequent handeln. Hierfür ist - auch bundesweit – der zielgerichtete Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Dekarbonisierung aller unserer Wirtschafts- und Lebensbereiche zwingend erforderlich. Nur dann werden wir ein Höchstmaß an Sicherheit und Unabhängigkeit in der Energieversorgung erreichen und dabei das Klima konsequent schützen können.

Fünf Säulen für Versorgungssicherheit und Klimaschutz in Deutschland und Schleswig-Holstein

Der Angriffskrieg von Putin in der Ukraine und die damit zusammenhängende Energiepreisentwicklung machen drastisch deutlich, wie notwendig es ist, sich endlich aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und von bestimmten Lieferländern zu lösen. Aufgrund dieser hochdramatischen Entwicklung stehen wir Grüne vor der Herausforderung, im Energiebereich unsere Ziele anzupassen.

Folgende fünf Säulen für Versorgungssicherheit und Klimaschutz schlagen wir vor:

1. Turbo für die Energiewende: Der schnellste und sauberste Weg aus der Abhängigkeit

Wir Grüne streiten seit Jahrzehnten für eine nachhaltige Energiewende. Unser Ziel war und ist, die Nutzung von Atomkraft, Kohle, Gas und Öl durch Energieeinsparung und Erneuerbare Energien zu ersetzen. Unser Antrieb waren dabei neben der Begrenzung der Klimakrise und den Risiken der Atomkraft auch die negativen ökologischen und politischen Auswirkungen der Öl- und Gasförderung. „Weg vom Öl“ ist Grüne DNA.

Wir sind die politische Kraft in Deutschland, die diese Botschaft am glaubwürdigsten vertritt; in aller Deutlichkeit, aber ohne erhobenen Zeigefinger. Wir haben über Jahrzehnte die Expertise aufgebaut, um die notwendigen Maßnahmen zügig in die Umsetzung zu bringen.

Genau deshalb ist die Beschleunigung der Energiewende einer der Eckpfeiler unseres Wahlprogramms. Wir sind und waren hier bereits extrem ambitioniert. Wir als Grüner Landesverband werden unseren Bundesminister bestmöglich dabei unterstützen, indem wir in Schleswig-Holstein einen deutlich höheren Anteil Erneuerbarer Energien bereitstellen als es unserem Anteil an der Bundesfläche von 4,4% entspricht.

Unser Angebot, mindestens zehn Prozent der bundesweit an Land erforderlichen Strommenge aus EE in Schleswig-Holstein zu erzeugen, steht! Wir tragen damit zur energiepolitischen Resilienz Deutschlands bei. 45-50 TWh aus Erneuerbaren Energien sind ein ambitioniertes Ziel. Aber wir sind bereit, auch darüber hinaus zu gehen, wenn der Bund seine Ausbauziele nach oben korrigiert und mit entsprechenden Maßnahmen flankiert. Dafür bedarf es der Verfahrensbeschleunigung, eines intensiven Bürger*innendialogs sowie einem naturverträglichen Ausbau der Energieinfrastruktur. Um Energiesouveränität und Klimaneutralität zu erreichen, wird in der Schutzgüterabwägung die Umsetzung der Energiewende Vorrang benötigt.

Alle Vorschläge, die hierzu vom Bund kommen, wollen wir zügig und unbürokratisch prüfen und uns dazu konstruktiv einbringen. Mehr denn je werden wir für zusätzliche Flächen für Windenergie streiten müssen. Die Zahl von 2 % kann für uns nur noch eine Zahl aus der Vergangenheit sein, 3 % erscheinen für die Zukunft erforderlich. Neben Wind brauchen wir zudem eine Solar-Offensive. Je höher die heimische Produktion, desto geringer die Abhängigkeit von Importen.

Um für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und Maßnahmen zum Schutz des Klimas eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung zu gewährleisten, möchten wir die bestehenden Regelungen der Schuldenbremse anpassen. Der Bund hat bereits die Möglichkeit, sich mit bis zu 0,35 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) zu verschulden. Die Länder haben bei der Konzeption der Schuldenbremse auf den Verschuldungsspielraum (0,15 % des BIP) verzichtet, das sollte nun über eine Änderung des Grundgesetzes rückgängig gemacht werden. Diese Verschuldungsmöglichkeit muss an Klimaschutzinvestitionen gebunden werden. Klimaschutz und Energiewende dürfen nicht am Geld scheitern.

2. Der Strommarkt zeigt: Erneuerbare Energien sind die erforderliche Lösung – nicht die Atomkraft

Der deutsche Strommarkt ist im Vergleich zu anderen Sektoren gut aufgestellt. Erdgas, Steinkohle und Erdöl haben hier einen vergleichsweise geringen Anteil.

Tabelle 1: Nettostromerzeugung Deutschland 2021³

Energieträger	TWh	%
Braunkohle	98,9	20,2
Steinkohle	46,4	9,5
Kernenergie	65,3	13,3
Erdgas	51,1	10,4
Erneuerbare	224	45,7
Sonstige	4,3	0,9
SUMME	490	100

Aufgrund des grünen EEG liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien im Stromsektor bei 45,7%. Erdgas und Steinkohle kommen zusammen nur auf einen Anteil von knapp 20%. Es muss möglich sein, diese Anteile durch einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren zu ersetzen.

Hinzu kommt der endgültige Ausstieg aus der Atomenergie bis Ende 2022. **Einer längeren Laufzeit von Atomkraftwerken erteilen wir eine klare Absage.** Atomkraft löst keines der aktuellen Probleme und ist nach wie vor eine Hochrisikotechnologie. Weiter gibt es bis heute kein Endlager für hochradioaktiven Müll in Deutschland.

Der Bund hat nun einen Referent*innenentwurf für eine EEG-Novelle vorgelegt, mit dem Ziel 100 % Erneuerbarer Energien bis 2035. Wir wollen den Bund bei der Erreichung dieses Ziels unterstützen, vor allem indem wir die erforderlichen Flächen für Windenergie bereitstellen, eine Solaroffensive starten und den Ausbau der Stromnetze mit Hochdruck vorantreiben.

3. Wir brauchen eine Revolution im Wärme- und Verkehrssektor

Die Energiewende ist im Wärme- und Verkehrsbereich in den 16 Jahren Merkel-Regierung faktisch nicht vorangekommen. Wie die folgenden Tabellen zeigen, liegt die Abhängigkeit von den fossilen Energieträgern (vor allem Öl und Gas) in diesen beiden Sektoren noch bei 85-95 %. Auch Fernwärme wird häufig mit Fossilen betrieben.

Tabelle 2: Beheizungsstruktur im Wärmebestand 2021⁴

Energieträger	Beheizungsstruktur in %
Erdgas	49,5
Heizöl	24,8
Fernwärme	14,1
Strom	2,6
Elektro-Wärmepumpen	2,8
Sonstige	6,2
SUMME	100,0

³ [Nettostromerzeugung in Deutschland 2021: Erneuerbare Energien witterungsbedingt schwächer – Fraunhofer.](#)

⁴ AG Energiebilanzen 2022: [Folie 1 \(ag-energiebilanzen.de\).](#)

Tabelle 3: PKW-Bestand 2021⁵

Antriebsform	Anteil in %
Otto-Motor	64,0
Diesel	30,3
E-Mobilität	2,4
Hybrid	2,4
Sonstige	0,9
SUMME	100,0

Der Fokus aller Anstrengungen muss daher nun auf den Bereichen energetische Sanierung, Heizungstausch und Mobilitätswende liegen. Die Vorschläge dazu liegen alle auf dem Tisch: Verstärkung der KfW-Mittel, Steigerung der Sanierungsquoten, Kommunale Wärmeplanung, keine Neuinstallation von Öl- und Gasheizungen, Dekarbonisierung von Nah- und Fernwärmenetzen, Ausbau des ÖPNV und weitere Anreize für die Elektromobilität usw. Packen wir es an!

Wir haben uns im Wahlprogramm auf einen Pakt für die Gebäudesanierung verständigt, den wir mit der Wohnungswirtschaft in SH schließen möchten. Ziel dieses Paktes soll es sein, so zügig wie möglich einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Daneben brauchen wir einen Pakt für Klimaschutz mit den Kommunen im Land, um auch auf dieser Ebene die Wärme- und Verkehrswende entschlossen voranzubringen. Wir wollen dazu u.a. eine Investitionsgesellschaft zur zügigen Umsetzung der Wärmewende schaffen. Wir brauchen weiter ein Mobilitätswendegesetz, um den Grundstein für die Mobilitätswende in Schleswig-Holstein zu legen.

4. Importabhängigkeit von Russland verringern: Diversifizierung ist das kurzfristige Gebot der Stunde

Tabelle 4: Importabhängigkeit von Russland nach Energieträgern in Prozent⁶

Energieträger	Importabhängigkeit von Russland in %
Erdgas	55
Steinkohle	45,4
Erdöl	33,9

Während die Importe des Energieträgers Erdöl und Steinkohle kurzfristig auch aus anderen Quellen realisiert werden können – wenn auch zu höheren Preisen – ist die Herausforderung beim Erdgas erheblich höher.

Eine Folge aus der völlig verschlafenen Wärmewende ist, dass Erdgas für viele Privathaushalte und auch die Industrie immer noch ein wichtiger Energieträger ist. Kurzfristig werden die Speicher ausreichen, um den Bedarf zu decken und langfristig wollen wir alle Sektoren dekarbonisieren, doch mittelfristig ist eine Versorgungslücke absehbar.

Es ist daher Aufgabe von Politik, der Erdgaswirtschaft die Möglichkeit zu eröffnen, die Bezugsquellen von Erdgas weitestgehend zu diversifizieren.

⁵ Ebd.

⁶ BGR 2021: [BGR - Produkte - BGR Energiedaten 2021 - Daten zu Entwicklungen der deutschen und globalen Energieversorgung \(bund.de\)](#)

Der Bau einer Importinfrastruktur für LNG mit Unterstützung der Bundesregierung ist daher eine energiewirtschaftlich erforderliche und geopolitisch richtige Maßnahme. Wir begrüßen daher den Schritt des Bundes, mit der Privatwirtschaft den Bau eines Multi-Energy-Terminals in Brunsbüttel auf den Weg zu bringen. Dies ist eine energiepolitische Versicherung für Deutschland und ein Baustein für die Energiewende in Schleswig-Holstein, weil hier perspektivisch grüner Wasserstoff gehandelt werden kann.

Jetzt braucht es eine schnelle Umsetzung unter voller Einbindung aller Akteure vor Ort. Mit der Finanzierungszusage des Bundes ist zugleich klar, dass die ursprünglich für das Projekt vorgesehenen Landesmittel in Höhe von 50 Mio. Euro frei werden. **Wir wollen, dass diese Mittel für Energiewendemaßnahmen eingesetzt werden.**

Wir wissen, dass es in der Klimaschutzbewegung viel Kritik an dem Vorhaben gibt. Die Tatsache, dass es nun dennoch auch aus unserer Sicht erforderlich wird, ist die bittere Konsequenz einer verfehlten Energiepolitik der letzten vier Legislaturperioden im Bund.

5. Energie muss auch in schwierigen Zeiten für alle Bürger*innen bezahlbar bleiben

Es ist davon auszugehen, dass die Energiepreise in den kommenden Wochen weiter steigen werden. Um dies zu kompensieren, hat die Bundesregierung bereits ein erstes Entlastungspaket auf den Weg gebracht. Dazu gehört die Abschaffung der EEG Umlage, ein Heizkostenzuschuss und Entlastungsmaßnahmen für Geringverdiener*innen und Sozialtransferbezieher*innen. Weitere Entlastungsschritte für Geringverdiener*innen und Sozialtransferbezieher*innen werden folgen müssen. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass eine Entlastung per Gießkanne weder leistbar noch sinnvoll ist.

Was können wir als GRÜNE in Schleswig-Holstein tun? Das MELUND hat am 7. März die einschlägigen Akteur*innen der Energiewirtschaft, der Sozialverbände, der Kommunen, der Bauwirtschaft und des Verbraucherschutzes zu einem Energiegipfel getroffen. Wir sind in dieser Runde ins Gespräch darüber kommen, welche Zusatzmaßnahmen der Bund, das Land und die Verbraucher*innen selbst ergreifen können, um die hohen Energiekosten zu kompensieren. Die Runde war in der grundsätzlichen Haltung sehr geschlossen und einig darüber, dass im Rahmen dieses gesamtgesellschaftlichen Kraftaktes alle Beteiligten mitwirken können.

Für Energiesperren wegen nicht bezahlter Stromrechnungen sollte ein vorübergehendes Moratorium erlassen werden. Im Kern muss es darum gehen, gerade Familien im unteren Einkommenssektor und sozial Bedürftige zu entlasten. Gleichzeitig sollten Bund und Land durch gezielte Information und Aufklärung die Verbraucher*innen gezielter als bisher zum Energiesparen befähigen. An diesem Aufruf beteiligen sich sämtliche Teilnehmer*innen des Energiegipfels.

Aber auch mittelständische Unternehmen und Start-Ups werden Unterstützung brauchen. Denkbar sind hier Informationskampagnen zum Energiesparen, Maßnahmen wie eine vorsorgliche Erhöhung der Abschlagszahlungen und eine gezielte Bewerbung bestehender Angebote von Alternativen zum Verbrenner. Eine Forderung des Handwerks fand ebenfalls breiten Konsens: die Energiewende benötigt gut geschulte Fachkräfte! Es bedarf überzeugender Kampagnen, um jungen Menschen die Attraktivität technischer Berufe aufzuzeigen. Mittelfristig – auch da war sich die Runde einig – führt an einem deutlich verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien kein Weg vorbei, um die energiewirtschaftliche Resilienz zeitnah zu erreichen.

GRÜNE Kernbotschaften zur Energiekrise:

1. Wir GRÜNE fordern die schnellstmögliche Dekarbonisierung unserer Gesellschaft. Weg vom Öl! Weg vom Gas! Kohleausstieg so schnell wie möglich.
2. Die Energiewende braucht jetzt den absoluten Turbo, damit Deutschland Energiesicherheit bekommt! Wir waren beim Ausbau der Erneuerbaren schon extrem ambitioniert, müssen jetzt aber noch eine Schippe drauflegen. Vorfahrt für die Energiewende.
3. Einer längeren Laufzeit von Atomkraftwerken erteilen wir eine klare Absage. Was wir brauchen, ist ein Turbo für die Wärme- und Mobilitätswende. Der Stromsektor zeigt bereits heute, wie gut man mit Erneuerbaren fährt.
4. Wir befürworten den Bau eines kombinierten Multi-Energy-Terminals (H2/LNG), das mittelfristig noch zur Versorgungssicherheit mit Erdgas beiträgt und Teil einer Wasserstoff-Importstrategie auf dem Weg um Klimaneutralität wird.
5. Belastungen bei kleinen und mittleren Einkommen und bei Familien wollen wir abfedern. Eine Strategie zum Energiesparen durch sämtliche Akteur*innen, gepaart mit praktischen Hinweisen für die Verbraucher*innen ist dabei einer von mehreren Bausteinen.